https://gen-ethisches-netzwerk.de/node/723

Gen-ethischer Informationsdienst

Rezension: Polizei der Gene

Genetische Diskriminierung und die Fallstricke der Kritik

Thomas Lemkes 2006 im Campus Verlag erschienene Studie "Die Polizei der Gene" ist eines jener (zu) seltenen sozialwissenschaftlichen Bücher, die empirische Untersuchungen mit anspruchsvollen theoretischen Konzepten und einem deutlichen politischen Anspruch verbinden. Lemkes Thema ist die so genannte "Genetische Diskriminierung", ein Begriff, unter dem in der wissenschaftlichen Literatur zumeist eine "Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund vermuteter oder tatsächlicher genetischer Besonderheiten" verstanden wird, die "strikt von der Diskriminierung Behinderter und (chronisch) Kranker" zu unterscheiden sei. Ohne die Notwendigkeit eines effektiven Schutzes vor solcher Diskriminierung in Zweifel zu ziehen, zeigt Lemke auf theoretischer und empirischer Ebene die Schwächen, Lücken und paradoxen Effekte, die die derzeitigen Ansätze zur Beseitigung genetischer Diskriminierung mit sich bringen. Darauf aufbauend fragt er nach der Notwendigkeit eines speziellen, gegen "genetische Diskriminierung" gerichteten, Antidiskriminierungsgesetzes. "Genetische Diskriminierung" erscheine dadurch als schwerwiegender und problematischer als eine Benachteiligung auf Grund einer sichtbaren Krankheit oder Behinderung, womit eine Hierarchie von Betroffenengruppen erstellt würde, so Lemke. Es bestehe die Gefahr einer "Normalisierung" von nichtgenetischer Diskriminierung, die durch eigene Gesetze gegen "genetische Diskriminierung" noch verschärft werde. Zudem sei nicht einzusehen, dass sich das Niveau des Schutzes vor Diskriminierung nach der Art der Diagnoseerstellung zu richten habe, da keineswegs nur DNA-Tests, sondern eben auch viele andere medizinische Verfahren Auskunft über den genetischen Status eines Menschen geben könnten. Nicht zuletzt würde in der Öffentlichkeit ein "Genfatalismus" gestärkt, der Gene als unwandelbares Schicksal wahrnehme, mit dem aber gleichzeitig ein "radikalisierte[r] Appell an Eigenverantwortung und Eigenvorsorge” in allen anderen (medizinischen) Bereichen einhergehe. Kritisch gegenüber Lemkes Ausführungen kann hier bemerkt werden, dass der Autor selbst nicht systematisch zwischen genetischen Analysen zu diagnostischen Zwecken und prädiktiven Gentests unterscheidet. Gerade im Hinblick auf die besondere Stellung von genetischen Daten könnte eine solche Differenzierung eine Möglichkeit eröffnen, die die besondere Schutzwürdigkeit der Information nicht an der Methode, sondern am Zweck der Untersuchung festmacht. In einem anschließenden, an Foucault orientierten, Kapitel widmet sich Lemke jener "indirekten Diskriminierung", die sich nicht gegen einzelne Betroffene richtet, sondern gesellschaftliche Strukturen als Ganzes prägt. Erst an dieser Stelle wird wirklich deutlich, wie die titelgebende "Polizei der Gene" gedacht ist: Gerade nicht im Sinne eines überwachenden und strafenden Organs, das die Gesellschaft von außen kontrolliert, sondern als gesellschaftliches Verhältnis, das seine Wirkung gerade "innerhalb" der Individuen entfaltet. Lemke selbst entfaltet seinen Begriff von "genetischer Diskriminierung" entlang der beiden Dimensionen institutionelle/interaktionelle und direkte/indirekte Diskriminierung. Zu fragen bleibt allerdings, ob und wie ein solcher komplexer Begriff wiederum in einem (rechtlich verfassten) Diskriminierungsschutz zu fassen wäre. Dass der Autor kein Rezept gegen "Genetische Diskriminierung" in all ihren Formen vorlegen kann, versteht sich angesichts der in diesem Band aufgezeigten Komplexität des Themas von selbst. Auch für die Praxis bedenkenswert ist jedenfalls Lemkes

Schlussfolgerung für die Analyse und Kritik genetischer Diskriminierung: "Sie sollte zum einen die genetische Kategorisierung und Klassifizierung als integralen Bestandteil gesellschaftlicher Praktiken und struktureller Verhältnisse von Ungleichheitsproduktion, Missachtung, Benachteiligung und Stigmatisierung begreifen und zum anderen die Fiktion einer genetischen Norm nicht als unhin-terfragten Ausgangspunkt, sondern als Gegenstand der Untersuchung betrachten".

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 183 vom August 2007
Seite 54